

Sitzungsperiode 2022-2023  
Sitzung des Ausschusses I vom 28. November 2022

---

### FRAGESTUNDE\*

- **Frage Nr. 1173 von Herrn CREMER (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zur nächsten INTERREG VI-Förderperiode**

Die von der Europäischen Kommission aufgelegten Interreg-Programme fördern seit vielen Jahrzehnten die verbesserte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ein größeres gegenseitiges Verständnis von benachbarten Regionen in Europa. Besondere Herausforderungen und Themen in Grenzregionen werden in Kooperationsabkommen über gemeinsame Projekte bearbeitet.

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft ist über die Großregion und die Euregio Maas-Rhein in solche Partnerschaften und Kooperationen eingebunden. Gerade für eine kleine Grenzregion sind solche transnationalen Verbindungen von grundlegender Bedeutung.

Seit 2018 laufen die Vorbereitungen des zukünftigen Programms Interreg VI (2021 - 2027).

Dazu möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge bezüglich der Verhandlungen über das neue Förderprogramm Interreg VI?
2. In welchen Bereichen werden die Fördergelder im oben genannten Förderzeitraum eingesetzt werden dürfen?
3. Welche Initiativen wird die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergreifen, um mögliche Projektträger aus unserer Gemeinschaft für das Interreg VI-Programm zu gewinnen?

- **Frage Nr. 1174 von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS zum Investitionsplan der Öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft Ostbelgien**

Ende April dieses Jahres genehmigte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Ankauf von Anteilen der Öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft Ostbelgien (ÖWOB).

Es handelt sich um eine Kapitalbeteiligung in Höhe von 30 Millionen Euro. Diese soll in Tranchen ausgezahlt werden und hat hauptsächlich die energetische Sanierung von öffentlichen Wohnungen zum Ziel. Die Mittel können zudem für den Bau neuer Wohnungen verwendet werden.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Derlei Projekte dienen dem Erreichen der Ziele des Energie- und Klimaplanes der DG und können mittelfristig zur Senkung der Lebenshaltungskosten der ÖWOB-Mieter beitragen.

In den vergangenen Wochen haben die Verantwortlichen der ÖWOB eine Gesprächsrunde mit den Gemeindegemeinschaften der neun Gemeinden der DG gestartet, um über die Machbarkeit gemeinsamer Projekte in diesem Zusammenhang zu beraten. In der Tat kommt es häufiger vor, dass sich sanierungsbedürftige und leerstehende Immobilien oder bebaubare Grundstücke im Eigentum der ostbelgischen Gemeinden befinden.

Vor diesem Hintergrund lauten meine Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge, was den diesbezüglichen Investitionsplan der Öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft Ostbelgien betrifft?
2. Welche Projektvorhaben zeichnen sich in diesem Zusammenhang ab, die auf einer Zusammenarbeit zwischen der ÖWOB und den Gemeinden der DG basieren?

• **Frage Nr. 1175 von Herrn HEINERS (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zu neuen Entwicklungen im Bankengeschäft von NewB**

Die NewB-Bank hat am vergangenen Mittwoch bekannt gegeben, eine Partnerschaft mit der VDK Bank aus Gent eingehen zu wollen. So will die Bank dem Aus für ihr Bankengeschäft, welches bereits Gegenstand der vergangenen Regierungskontrollsituation war, entkommen.

Durch den Vertrieb von Produkten der VDK-Bank im französischsprachigen Landesteil, würde sich die Produktpalette für den Kunden erweitern: VDK bietet nämlich neben Giro- und Sparkonten auch Hypothekenkredite und Kredite für Unternehmen an. Das Fehlen eines Kreditangebots soll bisher die größte Hemmschwelle für das Kundenwachstum bei NewB gewesen sein.

Durch diesen Schritt erhielten auch die Investoren wieder eine Perspektive für ihr Kapital. Wir erinnern uns: Sollte NewB sein Bankengeschäft aufgeben müssen, könnten die Investoren nur auf maximal 15% ihres investierten Kapitals hoffen.

Allerdings musste die Generalversammlung für diesen Schritt am vergangenen Samstag noch grünes Licht geben. Der Ausgang dieser Generalversammlung war zum Zeitpunkt des Einreichens der Frage noch unklar.

Auf Nachfrage der Tageszeitung L'Echo<sup>1</sup> gaben sich verschiedene institutionelle Investoren der Bank vorab allerdings verwundert über die Ankündigung der Bank. Aufgrund mangelnder Informationen konnten sich weder die UCLouvain noch die Fondation Chimay Wartoise zum Sachverhalt äußern. Dazu fehlte es ihnen an jeglichen Informationen. Bei *Finance & Invest Brussels* ist man mit der Informationspolitik der Bank ebenfalls unzufrieden: Der CEO der Investitionsgesellschaft findet es inakzeptabel, dass solche Ankündigungen zwei Tage vor der Generalversammlung gemacht würden.

Meine Fragen an Sie, werter Herr Minister, lauten:

1. Wie bewertet die Regierung die Informationspolitik der Bank vor der Generalversammlung?
2. Welche Position hat die Regierung gegenüber der Partnerschaft mit der VDK Bank vertreten?
3. Wie sieht die weitere Vorgehensweise in dieser Sache aus?

---

<sup>1</sup> <https://www.lecho.be/dossier/banques/en-s-associant-avec-vgk-newb-abat-sa-toute-derniere-carte/10429874.html>